

Ein Etappensieg mit Nachgeschmack: Laberweinting darf sich nicht mit „Papier-Wahrheiten“ abspeisen lassen



In der jüngsten Gemeinderatssitzung ist endlich etwas passiert, das viele Bürger seit Monaten einfordern: Der Gemeinderat hat das gemeindliche Einvernehmen für den Windpark der Firma Primus vorerst verweigert. Einstimmig – sogar mit dem Bürgermeister. Das ist ein starkes Signal. Und ja: In Franken-Neuhofen war die Erleichterung spürbar.

Aber wer jetzt schon feiert, feiert zu früh.

Denn die eigentliche Entscheidung ist nicht vertagt – sie ist nur verschoben. Und die entscheidende Frage lautet weiterhin: Auf welche Fakten stützt sich Laberweinting – und wer liefert diese „Fakten“? Wenn am Ende Gutachten, Visualisierungen und Bewertungen ausgerechnet von denen kommen, die an den Anlagen verdienen, dann ist das kein „geordneter Prozess“, sondern ein Risiko für die Gemeinde – politisch, rechtlich und vor allem menschlich.

Einigkeit im Rat – und trotzdem: Jetzt beginnt die kritische Phase

Dass der gesamte Gemeinderat die Notbremse gezogen hat, ist selten und bemerkenswert. Man will das Gutachten zur „Umzingelung“/„Umrahmung“ Franken-Neuhofens abwarten. Das ist vernünftig. Es zeigt: Der Druck aus der Bürgerschaft wirkt. Und es zeigt auch: Akzeptanz entsteht nicht, indem man Menschen mit fertigen Plänen konfrontiert und ihnen danach erklärt, warum sie das bitte gut finden sollen.

Windräder sind keine Heckenpflanzen. Das sind Industrieanlagen. Wer sie in unmittelbare Nähe zu Ortschaften setzt, entscheidet nicht nur über „Energie“, sondern über Sichtachsen, Landschaftsbild, Alltag, Schlaf, Immobilienwerte, Lebensgefühl – kurz: über Heimat.

Und Heimat lässt sich nicht „kompensieren“.

Das Problem mit der bestellten Wahrheit

Der faule Kern bleibt: Das Gutachten, das nun klären soll, ob Franken-Neuhofen optisch und räumlich erdrückt wird, wurde von der Firma Hermann beauftragt – also von einem Akteur aus dem Projektumfeld. Das muss man nicht „unterstellen“, um skeptisch zu sein. Das ist schlicht ein klassischer Interessenkonflikt in der Wahrnehmung:

Wer bezahlt, bestimmt zwar nicht automatisch das Ergebnis – aber er bestimmt Rahmen, Fragestellung, Methodik und Auswahl. Und genau dort wird Realität oft nicht gefälscht, sondern zurechtgebogen.

Wir sagen deshalb klar:

Ein Gutachten ist kein Orakel. Es ist ein Werkzeug. Und Werkzeuge können so eingesetzt werden, dass sie schneiden –

oder kaschieren.

Gerade beim Thema „Umzingelung“ ist das entscheidend. Denn „Umzingelung“ ist nicht nur eine Zahl und nicht nur ein Winkel. Sie ist:

- die tägliche Blickbeziehung aus dem Ort heraus,
- die Dominanz am Horizont,
- das Gefühl, von Anlagen „umzingelt“ zu sein, egal wohin man sich dreht,
- die Frage, ob man noch Landschaft hat – oder eine Kulisse aus Rotoren.

Wer glaubt, man könne dieses Erleben mit ein paar Rechenparametern wegdefinieren, hat entweder noch nie dort gestanden – oder will nicht hinhören.

Wort halten oder Verantwortung übernehmen?

Wir wissen: Unser Bürgermeister legt Wert auf Zusagen und Verlässlichkeit. Das ist grundsätzlich ehrenwert. Aber in der Politik gibt es eine Grenze zwischen Verlässlichkeit und Starrsinn. „Ich habe dem Bauträger mein Wort gegeben“ darf niemals zur Ausrede werden, wenn neue Informationen, neue Betroffenheiten oder neue Dimensionen sichtbar werden. Denn ein Bürgermeister hat vor allem gegenüber den Menschen, die hier wohnen. Gegenüber Familien, älteren Bürgern, Grundstückseigentümern, Vereinen – gegenüber denen, die diese Gemeinde tragen, finanzieren und gestalten eine große Verantwortung. Die Bewohner haben ihn als Vertreter gewählt und diesem Amt muss er nachkommen. Seit den ersten Zusagen hat sich die Debatte verschoben. Betroffenheit ist konkreter geworden. Fragen sind konkreter geworden. Und die Unsicherheit ist größer geworden.

Ein guter Politiker erkennt:

Größe zeigt sich nicht darin, niemals zu korrigieren. Größe zeigt sich darin, rechtzeitig zu korrigieren.

Energiewende ja – Freifahrtschein nein

Wir sagen es deutlich, damit es nicht wieder verdreht wird:

Wir sind nicht „gegen Fortschritt“. Wir sind gegen einen Stil der Planung, der die Lebensrealität vor Ort kleinredet und Widerstand als Störung behandelt. Die Energiewende ist ein Ziel. Aber sie ist kein Blankoscheck dafür, Ortschaften optisch zu dominieren, und Sorgen abzutun, und Entscheidungen auf Gutachten zu stützen, deren Unabhängigkeit schon im Ansatz angreifbar wirkt.

Wer echte Akzeptanz will, muss sich Kritik stellen – nicht aussitzen.

Unser Forderung an den Gemeinderat Laberweinting: Unabhängigkeit statt Gefälligkeit

1) Kritische Distanz – nicht nur formale Prüfung

Lesen Sie das Gutachten nicht wie eine Pflichtübung, sondern wie eine Risikoanalyse. Fragen Sie:

- Welche Annahmen wurden gewählt – und welche Alternativen wurden weggelassen?
- Welche Sichtpunkte wurden definiert – und warum genau diese?
- Gibt es Visualisierungen, die den realen Eindruck für Bürger nachvollziehbar zeigen (bei unterschiedlichen Wetterlagen, Jahreszeiten, Blickrichtungen)?
- Wie werden kumulative Effekte bewertet (mehrere Anlagen, mehrere Betreiber, Gesamtsituation statt Einzelfall)?
- Wie wird der Werteverlust von Immobilien im Einwirkungsbereich geprüft und belegt (Vergleichsfälle, Marktanalysen,

Distanzzonen, Transparenz der Datengrundlage) – und wer trägt das Risiko bzw. welche Ausgleichs-/Entschädigungsmechanismen sind vorgesehen?

Und vor allem: Wenn Zweifel bleiben, beauftragen Sie zusätzlich eine wirklich unabhängige Begutachtung. Eine Zweitmeinung ist in der Medizin Standard – warum nicht, wenn es um den Lebensraum einer ganzen Ortschaft geht?

2) Bürgerwohl vor Rendite

Die Maßstäbe müssen klar sein:

Wenn die Bewertung am Ende lautet „wirtschaftlich sinnvoll“, aber die Bewohner zahlen mit Lebensqualität – dann ist das kein Gewinn, sondern eine Verlagerung von Kosten auf die Schwächeren. Die Interessen der Anwohner in Franken-Neuhofen müssen mehr Gewicht haben als die Renditeerwartung von Investoren.

3) Mut zur Neubewertung – auch wenn es unbequem ist

Wenn sich zeigt, dass Franken-Neuhofen real „umzingelt“ wird, dann darf es nicht heißen: „Schade, aber jetzt ist es halt so.“ Dann muss es heißen:

- Standorte prüfen,
- Abstände neu bewerten,
- Gesamtplanung anpassen,
- notfalls auch: ein klares Nein.

Politik ist nicht dazu da, Projekte „durchzuziehen“. Politik ist dazu da, Schaden abzuwenden.

Wir bleiben dran – und wir werden genauer hinschauen

Dieser Aufschub ist ein Etappensieg. Mehr nicht. Die nächsten

Wochen sind entscheidend: Nicht die Lautstärke, sondern die Sorgfalt entscheidet jetzt darüber, ob Laberweinting später erklären muss, warum man Warnsignale ignoriert hat.

Wir als Bürgerinitiative werden den Prozess weiterhin intensiv begleiten – mit offenen Augen, klaren Fragen und der Erwartung, dass die Gemeinde endlich nicht nur verwaltet, sondern schützt.

Bleiben Sie wachsam.

Wir sind es auch.

**Bürgerinitiative ProNatur
schließt sich der
bundesweiten
Initiative Vernunftkraft
e.V. an**



Die Bürgerinitiative **ProNatur** freut sich, bekannt zu geben, dass sie sich der bundesweiten Dachorganisation **Vernunftkraft e.V.** angeschlossen hat. Durch diese Zusammenarbeit möchten wir unsere Kräfte bündeln, um den Schutz unserer heimischen Natur und Wälder noch wirkungsvoller zu gestalten.

Vernunftkraft ist ein deutschlandweit vernetzter Zusammenschluss von Bürgerinitiativen, die sich für eine naturverträgliche, ausgewogene und technologieoffene Energiepolitik einsetzen. Die Organisation verfügt über langjährige Erfahrung, ein starkes Netzwerk und umfassende rechtliche Expertise im Umgang mit Windkraftprojekten.

Mit diesem Schritt erweitert ProNatur ihre Möglichkeiten erheblich: Gemeinsam mit Vernunftkraft können wir auf fundiertes Know-how, juristische Unterstützung und bewährte Strategien zurückgreifen, um die Interessen unserer Region wirkungsvoll zu vertreten.

Derzeit laufen bereits erste Gespräche darüber, wie die Zusammenarbeit konkret ausgestaltet werden kann. Ziel ist es,

einen **Maßnahmenplan** zu entwickeln, der sowohl strategische als auch rechtliche Schritte umfasst, um gegen die geplanten Windkraftanlagen in unserer Region vorzugehen. Dabei profitieren wir von den Erfahrungen anderer Initiativen, die durch Vernunftkraft bereits erfolgreich Projekte dieser Art stoppen konnten.

Im Fokus steht aktuell unter anderem die Prüfung des **Bauantrags der Firma Hermann** beim Landratsamt. Auch gegenüber anderen Projektierern wie **Primus** und **Juwi** werden mögliche rechtliche und fachliche Schritte vorbereitet.

Unser gemeinsames Anliegen bleibt klar: Wir werden weiterhin **alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen**, um unsere Landschaft, unsere Wälder und die Lebensqualität vor Ort zu bewahren. Die Zusammenarbeit mit Vernunftkraft gibt uns dafür einen deutlich stärkeren Rückhalt – sowohl organisatorisch als auch juristisch.

Gemeinsam sind wir stärker – für Natur, Heimat und Vernunft.

Wird aus Laberweinting jetzt Laberwindig?

„Laberweinting trotz dem Wind – Bürgermeister will offenbar das ‚grüne‘ Licht sehen“

Laberweinting (Ndb.) – Während sich ganz Niederbayern einig ist wie selten zuvor – Windräder? Um Himmels willen, bloß nicht! – sorgt eine kleine Gemeinde für Aufsehen. Laberweinting, sonst eher bekannt für solide Straßenfeste und zuverlässig konservative Wahlzettel, will plötzlich Windräder. Ja, richtig gehört. Windräder!

Ein politischer Sturm zieht auf: Bürgermeister Hans Grün scheint vom Wind beseelt. „Wir müssen den Klimawandel ernst nehmen“, soll er auf der letzten Gemeinderatssitzung gesagt haben. Die anwesenden CSU-Stammtischstrategen reagierten entsetzt – man munkelt, einer habe sich vor Schreck an der Weißwurst verschluckt.

Grün durch die Hintertür?

Insider vermuten, der Bürgermeister wolle nicht nur frischen Wind in die Landschaft, sondern auch in die Parteipolitik bringen. „Wenn der so weitermacht, sitzt der bald mit'm Dinkelbrot bei den Grünen!“, heißt es im Wirtshaus.

Doch andere deuten seine Beweggründe anders. „Des is a Ablenkungsmanöver“, meint ein skeptischer Bürger. „Der will nur die Windräder, damit keiner merkt, dass's WLAN im Rathaus immer noch nicht geht.“

Ökostrom oder Ökokrise?

Während sich Nachbargemeinden wie Mällersdorf, Ergoldsbach und Geiselhöring gegenseitig überbieten im „Wer sagt schneller Nein“-Wettbewerb, schwingt in Laberweinting das Motto „Lieber Wind im Haar als Kohle im Keller“.

Kritiker befürchten jedoch, dass der geplante Windpark bald zu „Laberwindting“ umgetauft wird – weil dort mehr Wind gemacht als genutzt wird.

Partei grün steht ihm gut

Gerüchten zufolge ließ sich der Bürgermeister bereits bei einer Parteiveranstaltung der Grünen blicken – angeblich nur, „um den Stromverbrauch vom Beamer zu prüfen“. Sein Umfeld versichert: „Er wechselt nicht die Partei, er probiert nur die Farbe.“

Und so bleibt Niederbayern gespannt: Wird Laberweinting die erste „grüne Oase“ zwischen Maisfeld und Maibaum? Oder bläst

der nächste politische Wind alles wieder weg?

Eines ist sicher: Wo sonst nur der Föhn weht, zieht jetzt ein Sturm der Entrüstung auf – und irgendwo in München reibt sich Habeck die Hände.



LABERWEINTING TROTZT DEM WIND

BÜRGERMEISTER WILL OFFENBAR DAS „GRÜNE“ LICHT SEHEN



**Millionengrab im Bayerischen
Wäldern: Wie der Mega-
Windpark Natur und
Steuerzahler ruiniert**



Was geplant ist – und was uns erwartet

Mitten in den uralten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz, zwischen Mengkofen, Laberweinting, Geiselhöring, Neufahrn, Mallersdorf, Bayerbach, Sünching, Ergoldsbach und Schierling, sollen 12 Windparks entstehen zusammengefasst nennen wir das einen Mega-Windpark, wie ihn Bayern noch nie gesehen hat. Über 60 Windräder, jedes so hoch wie ein Wolkenkratzer, sollen sich bald durch die Baumkronen drehen – und das mitten im Forst, wo bislang Rehe, Füchse und seltene Vögel ihre Heimat hatten.

Während Bayern 2024 gerade einmal 15 neue Windräder ans Netz brachte – weit entfernt vom selbstgesteckten Ziel von 200 Anlagen pro Jahr – plant die Staatsregierung nun den großen Wurf: Mega-Windparks in den letzten unberührten Wäldern Niederbayerns und der Oberpfalz. Was Wirtschaftsminister Aiwanger als ‚Trendwende‘ verkauft, ist ein doppeltes Desaster.

Naturzerstörung unter dem Deckmantel der Energiewende

Was als grünes Prestigeprojekt verkauft wird, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als doppeltes Millionengrab: Für die Steuerzahler – und für die Natur. Denn für den Bau dieser Windräder müssen nicht nur einzelne Bäume, sondern ganze

Schneisen in die Wälder geschlagen werden. Es geht nicht nur um die Standfläche der Türme, sondern auch um breite Zuwegungen, Kranstellflächen und dauerhafte Rodungen. Lebensräume werden zerschnitten, seltene Arten wie Fledermäuse und Greifvögel geraten in Gefahr, und der Wald als natürlicher CO₂-Speicher wird unwiederbringlich geschwächt. Ersatzaufforstungen auf dem Papier können den ökologischen Schaden vor Ort nicht ausgleichen.

Südquote: Subventionsmaschine auf Kosten der Allgemeinheit

Doch damit nicht genug: Die geplanten Windräder stehen in einer der windärmsten Regionen Deutschlands. Sie drehen sich oft im Leerlauf – kassiert wird trotzdem. Dank einer Sonderregel im Erneuerbare-Energien-Gesetz fließen für jede Kilowattstunde Windstrom aus diesen Schwachwindanlagen bis zu 13 Cent – mehr als doppelt so viel wie an windreichen Standorten im Norden. Der Süden zahlt drauf, die Betreiber lachen sich ins Fäustchen. Diese ‚Südquote‘ sollte eigentlich den Netzausbau reduzieren, wird aber zur Goldgrube für Investoren auf Kosten der Stromkunden. Das ist mehr als für Atomstrom in Großbritannien und sogar teurer als viele moderne Gaskraftwerke. Die Industrie in der Region winkt ab: Der Strom ist schlicht zu teuer, um wettbewerbsfähig zu sein. Die Differenz zahlt – wie immer – die Allgemeinheit.

Beton, Kosten, Folgeschäden

Zu den direkten Subventionen kommen versteckte Kosten: Für jedes Windrad müssen bis zu 5 km Waldwege betoniert werden – so breit wie eine Landstraße. Wo früher Wildkatzen ihre Spuren hinterließen, rollen bald Tieflader mit Rotoren durch – bezahlt aus Steuermitteln. Die Netzanbindung? Ebenfalls auf Kosten der Allgemeinheit. Und wenn die Anlagen nach 20 Jahren zurückgebaut werden müssen, bleiben tonnensweise Betonfundamente im Waldboden – ein ökologisches Erbe für

Generationen.

Abregelung im Sommer – Betreiber kassieren trotzdem

Und als wäre das nicht schon absurd genug, kommt es in den Sommermonaten noch dicker: Wenn die Sonne scheint und die Photovoltaik-Anlagen auf Hochtouren laufen, produziert Bayern oft mehr Strom, als das Netz aufnehmen kann. Die Folge: Wind- und Solaranlagen werden abregelt, der Strom wird gar nicht erst eingespeist – aber die Betreiber kassieren trotzdem Entschädigungen. Bezahlt wird auch das aus dem großen Topf der Steuerzahler.

Wasserkraft? Ihr Potenzial ist längst ausgeschöpft. Gaskraftwerke? Politisch unerwünscht und teuer. Und so wird weiter gebaut, was das Zeug hält – koste es, was es wolle. Während die Politik von Klimaschutz spricht, werden im Namen der Energiewende uralte Wälder geopfert – für Windräder, die oft stillstehen müssen, weil das Netz überlastet ist. Die Rechnung zahlen am Ende nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Natur.

Wald-Windkraft ist politisch umstritten

Besonders pikant: Selbst Naturschutzverbände sind gespalten. Während der BUND Naturschutz grundsätzlich für Windkraft plädiert, warnt der Landesbund für Vogelschutz (LBV) eindringlich: ‚Der Wald darf nicht zur Verfügungsmasse werden.‘ Die geplanten Anlagen bedrohen nicht nur Rotmilan und Schwarzstorch, sondern zerschneiden auch die letzten Rückzugsräume für Wildkatze und Luchs.

Blick ins Ausland: Warum dort kein Wald geopfert wird

Ein Blick über die Grenze zeigt die Absurdität: In Österreich

werden Windräder in Wäldern kategorisch abgelehnt. In der Schweiz sind sie in Schutzgebieten verboten. Nur Deutschland opfert seine letzten Naturräume für eine Technologie, die an diesen Standorten wirtschaftlich unsinnig ist.

Lokaler Widerstand formiert sich

In Laberweinting formiert sich bereits Widerstand: Die Bürgerinitiative „Energiewende Ja – Umzingelung Nein“ kämpft für eine faire und nachhaltige Energiewende im Labertal. Wir sagen Ja zu grüner Energie und unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien – aber nicht um jeden Preis. Die geplante massive Umzingelung unserer Dörfer durch Windkraftanlagen bedroht unsere Lebensqualität, unsere Natur und das Miteinander in der Region. Wir setzen uns dafür ein, dass die Energiewende mit Augenmaß und unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gestaltet wird. Unsere Heimat darf nicht zum reinen Industriegebiet werden. Es braucht Lösungen, die sowohl den Klimaschutz als auch den Schutz unserer Dörfer und Wälder im Blick haben.

– **Simon Berleb** von der [Bürgerinitiative EJU](#)

Es geht nicht nur um ein paar Windräder. Es geht um den Verlust unserer Landschaft, um den Eingriff in jahrhundertealte Wälder, unsere Vögel und Wildtiere und um die Zukunft unserer Kinder. Während in Berlin über Klimaziele diskutiert wird, sollen hier bei uns Schneisen durch Lebensräume geschlagen werden – für Anlagen, die wirtschaftlich nicht tragfähig und ökologisch katastrophal sind. Das ist nicht die Energiewende, die wir wollen. *Wir fordern: Schluss mit der Zerstörung unserer Heimat!*“

– **Martin Promesberger** von der [Bürgerinitiative ProNatur](#)

Die nackten Zahlen am Ende:

Jede der 60 geplanten Windkraftanlagen soll im Jahr rund fünf Millionen Kilowattstunden liefern. Macht zusammen 300 Millionen Kilowattstunden. Die Extra-Subvention pro Kilowattstunde: sechs Cent. Das ergibt eine jährliche Zusatzbelastung von über 18 Millionen Euro – Jahr für Jahr, über Jahrzehnte. In 20 Jahren summiert sich das auf mehr als 360 Millionen Euro, die aus den Taschen der Bürger verschwinden. Und das alles für Strom, der teurer ist als Atom- oder Gaskraft, und der im Sommer oft gar nicht gebraucht wird.

Schlusswort & Handlungsaufruf

Die Zeit drängt: Noch können die Planungen gestoppt werden. Noch können Bürger Einspruch erheben. Doch das Zeitfenster schließt sich. In wenigen Jahren könnten die ersten Bäume fallen – für Windräder, die mehr kosten als sie bringen, die öfter stillstehen als laufen, und die unsere letzten Wälder in Industrielandschaften verwandeln.

Die Frage ist nicht, ob wir Klimaschutz brauchen. Die Frage ist: Müssen wir dafür unsere Seele verkaufen? Es gibt Alternativen: Photovoltaik auf versiegelten Flächen, Windkraft an geeigneten Standorten, echte Energieeffizienz statt Subventionswahnsinn. Bayern hat die Wahl – noch.

Quellen & Belege

Durchschnittliche Windgeschwindigkeit in Bayern (5–6 m/s) vs. Norden (8–9 m/s)

Studie:

<https://naturschutz-initiative.de/aktuell/klartext/keine-windenergie-im-wald-neue-studie-des-upi-institutes-laesst-wesentliche-aspekte-aussen-vor/>

Höhere Kollisionsrisiken für Fledermäuse & Vögel

https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/publikationen/pdf/2023-05-24_Windenergieanlagen_im_Wald.pdf

Südquote im EEG – bis 20 % Zuschlag ab 2024

https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf

Flächenverbrauch pro Windrad im Wald ($\approx 0,5$ ha dauerhaft)

<https://de.wikipedia.org/wiki/Windkraftanlage>

EEG-Vergütung – Subventionshöhe bis zu 13 Cent und Funktionsweise

<https://www.windbranche.de/wirtschaft/eeg-verguetung>

https://ariadneprojekt.de/media/2022/06/Ariadne-Analyse_Regionale-Steuerungsinstrumente_Juni2022.pdf

Österreichs Wald-Ausschlusszone bei Windkraft

https://de.wikipedia.org/wiki/Windenergie_in_Ober%C3%B6sterreich

Infoveranstaltung 16.05.2025

□ „Rettet unser Labertal!“

Einladung zur Info- und Diskussionsveranstaltung der Bürgerinitiative Pro Natur

Wälder sind unsere grüne Lunge, das Labertal ist unser Zuhause – und beides braucht unseren Schutz!

Die jüngsten Pläne für Windparks in unseren heimischen Wäldern – von Mengkofen über Laberweinting, Geiselhöring, Neufahrn, Bayerbach, Mellersdorf bis Sünching – sorgen bei vielen Menschen für Verunsicherung, Fragen und Diskussionen.

Als **Bürgerinitiative Pro Natur** setzen wir uns für den Erhalt unserer einzigartigen Landschaft, unserer Artenvielfalt und unserer Lebensqualität ein. Wir sagen **Ja zu erneuerbaren Energien, aber nicht um jeden Preis** – schon gar nicht auf Kosten unserer Wälder!

Wir laden herzlich ein:

Wann?

☐☐ **Freitag, 16. Mai 2025**

☐ **Beginn: 19:00 Uhr**

Wo?

☐ **Gasthof Erl Bräu, Geiselhöring**

Wer?

☐ **Bürgerinitiative Pro Natur**

Was erwartet Sie?

- **Fakten und Hintergründe** zu den geplanten Windkraftprojekten im Labertal: Wo, wie viele, wie hoch?
- **Kritische Fragen:** Welche Auswirkungen haben Windräder auf unsere Wälder, Tiere und Menschen? Was bedeutet das für unsere Heimat?
- **Alternativen in der Energiepolitik:** Wie können wir die Energiewende naturverträglich gestalten?
- **Austausch und Diskussion:** Ihre Meinung ist gefragt! Kommen Sie mit uns und anderen Bürgern ins Gespräch.

Wir wollen informieren, aufklären und gemeinsam Lösungen suchen – sachlich, offen und respektvoll.

Denn unser Labertal ist mehr als nur ein Standort: Es ist Lebensraum, Erholungsgebiet und Kulturlandschaft, die es zu bewahren gilt.

Warum ist Ihr Kommen wichtig?

Weil wir nur eine Heimat haben.

Weil gemeinsames Engagement zählt.

Weil jeder gehört werden sollte.

Bringen Sie Ihre Familie, Freunde und Nachbarn mit!

Lassen Sie uns gemeinsam für den Erhalt unseres Labertals eintreten.



RETTET UNSER LABERTAL

Infoveranstaltung zu den bereits über 50 geplanten Windkraftanlagen zwischen Perkam, Neufahrn, Sünching und Mengkofen. Wir laden alle Interessierten ein, sich zu informieren, Fragen zu stellen und gemeinsam ins Gespräch zu kommen – über Auswirkungen, Hintergründe und mögliche Alternativen.



- Wo?** Gasthof ERL-BRÄU, Geiselhöring
- Wann?** Freitag, 16. Mai 2025 – 19 Uhr
- Wer?** Bürgerinitiative ProNATUR
- Warum?** Weil wir nur eine Heimat haben!

www.buergerinitiative-pronatur.de

